

Bauarbeiter-Aktionszeitung

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationalen) Bezirk Ost Sachsen

Erhält jeden Werktag nachmittags. ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Hause 1 Mark; monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen. Der kommunistische Gewerkschaftsverband, der kommunistische Genossenschaften, "Die Kommunistin", sowie der katholischen Zeitung "Der rote Samm" ★ Verlag und Geschäftshaus: Dresden-III, Obertraubehofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17239. ★ Redaktion: Dresden-III, Obertraubehofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabend von 5—6 Uhr. ★ Postleitzettel-Nr. 1333 Dresden, Emil Schlegel. ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die normale gewohnte Anzeigeseite, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigeseite, 10 Goldpfennige für die Anzeigenseite amliegend an den dreigeschossigen Tafelseiten. ★ Anzeigen 1000 vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang.

Dienstag, 7. April 1925

Nummer 6

Protestiert gegen den Justizmord!

Rettet die Klassenkämpfer!

Am Spiegelprozeß in Leipzig, in dem Prozeß, der als Vorbereitung zur Unterdrückung der Kommunistischen Partei und des revolutionären Proletariats von der deutschen Bourgeoisie inszeniert und geführt war, hat am Sonnabend der Reichsanwalt der deutschen Dauers-Republicit

5 Todesurteile

beurteilt.
5 Todesurteile, 72 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Gefängnis

ist das Verlangen des deutschnationalen Reichsanwaltes im so genannten Thielo-Prozeß. Das Urteil ist ein Urteil der Rache und der Angst. Die Bourgeoisie will sich rächen für die Furcht, die sie ausgelöst in den Oktoberzügen des Jahres 1923, als die Wogen der revolutionären Erhebung daran waren, die korrupte und verfaulste bürgerliche Gesellschaft hinwegschwemmen. Damals, als das Elend des deutschen Proletariats auf seine Höhe getreten war, als Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos auf der Straße lagen, die Proletarierfamilien ohne Essen und Heizung in dumpfen Wohnungen hausten, die Kinder des Proletariats unbedeckt und hungrig umherirrten, erhob sich das deutsche Proletariat zur Röhrte.

Die Verzweiflungssinnung der Arbeiter wurde von den Spiegeln und Provokateuren der Dauers-Republicit benutzt, um eine Anzahl ehrlicher Arbeiter auf dieartige Wände des individuellen Terrors zu schleben und

in die Fallstricke der Klassenjustiz zu locken.

Der Prozeß in Leipzig war das Produkt von Spiegeln und Provokateuren, zusammengebracht von gewissenhaften Gelehrten, um ihre Nähe am Proletariat zu bestreiten und die Bewegung des Proletariats zu unterdrücken.

Der Leipziger Prozeß ist der Prozeß der Dauers-Republicit, der die schärfere Ausdeutung, welche die Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft einleiten soll.

Jahrelang hat die deutsche Bourgeoisie Spiegelmaterial über Spiegelmaterial angehäuft, um ein Urteil fertigzustellen zu können, das die deutschen Arbeiter abschrecken soll.

Das Urteil war vorher fertig.

Schon während der Untersuchung hat der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs einem Angeklagten erklärt, er werde dafür sorgen, daß er

zum Tode verurteilt und daß das Urteil vollstreckt werde.

Die Gerichtsverhandlungen waren nur noch eine elende Komödie, um eine Begründung des Urteils zu finden, um eine Begründung des Urteils zu bringen. Gleichzeitig hat das bürgerliche Klassengericht seine Spiegel und Provokateure mit ehrlichen Klassenkämpfern zusammengekoppelt. Jede Verteidigung hat dieses Klassengericht unterbunden. Dafür wurden "Ge-

händnisse der Angeklagten mit Mitteln der spanischen Inquisition erpreßt. Trotzdem konnte den Angeklagten nichts nachgewiesen werden, außer den Aussagen des Spiegel und Provokateurs.

Der Antrag des Reichsanwaltes Neumann ist der Antrag zum Mord.

Die deutsche Bourgeoisie will einen Justizmord, um ihre politischen Gegner zu treffen. Es handelt sich um nichts anderes, als um einen Klassenjustizmord, geplant und gefordert in politischen Zwecken. Selbst die "Leipziger Volkszeitung", die durch ihre Antikommunistenhefte das Blutgericht in Leipzig unterstützte, muß erklären, daß im Falle Stahlbau das Gericht keinen Beweis für dessen Schuld erbringen konnte. Der Urteilauftrag gegen den Spiegel Neumann ist ein Mandat, um die Klassenkämpfer vernichten zu können.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wie haben nichts gemein mit den Spiegeln und Provokateuren in diesem Prozeß. Die revolutionären Klassenkämpfer aber waren die Kämpfer für das ganze Proletariat. Das ganze Proletariat muß sich erhoben

zur einmütigen Abwehr gegen den Justizmord.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt sofort in euren Betrieben Stellung gegen dieses neue ungeheurelle Urteil der deutschen Klassenjustiz!

Rettet die Revolutionäre aus den Klauen ihrer blutdürstigen Gegner!

Dieses Gericht sprach die konterrevolutionären Mörder frei. Dieses Gericht unternahm nichts gegen die Mörder von Egon, Erzberger, Rathenau, gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Die Mordbuben der Reaktion sind die Freunde dieses Gerichts.

Das Urteil gegen die revolutionären Klassenkämpfer ist die logistische Fortsetzung der Mordarbeit der Organisation der Konterrevolution.

Heraus zum Prozeß!

Protestiert in Erklärungen und Resolutionen gegen den Justizmord!

Sendet Delegationen des Proletariats zum Staatsgerichtshof und verlangt

die Freilassung der Klassenkämpfer!

Heraus mit den politischen Gefangen!

Hinweg mit der Klassenjustiz!

Hinweg mit dem Staatsgerichtshof!

Vorwärts und durch für die Republik!

Der oberste politische Gerichtshof der deutschen demokratischen Republik nähert sich dem Ziel seiner achtjährigen Arbeit im Leipziger Spiegelprozeß. Dieser Gerichtshof zum Schutz der Republik ist in seiner überwiegenden Mehrheit zusammengesetzt aus Vertretern der demokratischen Parteien. Die Sozialdemokratie spielt in ihm eine ausschlaggebende Rolle. Noch niemals aber hat ein Gerichtshof vorher die primitivsten Grundzüge selbst des bürgerlichen Rechts mit Haken getreten, als dieses Ausnahmegericht, dessen Mitglieder von Ebert persönlich ernannt worden sind.

Eine mehr als ein Jahr lang dauernde Verleumdungskampagne der Presse, Entzerrungen an Untersuchungsgesangene durch Folterungen, Hunger, Dunkelheit, Bedrohungen an ihrem Leben einerseits, Belohnungen andererseits, im Zusammenspiel mit großzügig lange vorausberechneter Provokateur- und Spiegelarbeit, sind der Leipziger Hauptverhandlung vorausgegangen.

Die Hauptverhandlung selbst war eine Karikatur eines gescheiterten Verfahrens, in dem angeblich Anklagebehörden und Verteidigung als Parteien gleichmäßig bezeichnet werden sollen. Anträge zur Ermittlung der Wahrheit zu stellen. Das Gericht hat in einheitlicher Weise den als Kronzeugen benutzten Provokateur Neumann tagelang reden lassen, es hat einen schweren Hysteriker mit Hilfe der Klassenmedien der Gerichtsärzte gejagt schwören und glaubwürdig machen lassen. Es wurde ein Heer von Beamten, Spiegeln und Provokateuren vernommen, alle Beweisnachweise der Verteidigung aber, sei es, daß sie sich auf die Feststellung der wirklichen politischen Vorgänge des Jahres 1923, sei es, daß sie sich auf die Unmöglichkeit der Bequidung der Beamten gegen Institutionen und angebliche Institutionen der Kommunistischen Partei beziehen, wurden abgelehnt, oder durch harsch sein Hollende freche Kniffe um ihre Wirkamkeit gebracht. Kurz vor Schluss der Beweisaufnahme noch wagte es dieser demokratische Staatsgerichtshof zum Schluß der Republik, die primitivsten, Jahrhunderte lang gestellten Rechtsgrundsätze so frisch mit Haken zu treten, daß er alle von der Verteidigung vorgebrachten Zeugen, nur weil sie Funktionäre der Kommunistischen Partei seien, von vornherein als unglaublich verdächtig erklärte, ohne sie gehört zu haben. So trug waren die zahllosen Rechtsbrüder der Prozeßführung, sowohl durch den Vorsitzenden Niedner wie durch das Gericht selbst, daß ja ein großer Teil der bürgerlichen Presse gegen die unerbittenen Vergewaltigungen der Rechtsanwälte und der Angeklagten protestierte.

Nicht hat der Reichsanwalt Neumann, ein Deutschnationaler, gegen 5 Angeklagte die Todesstrafe beantragt, gegen andere Dutzende Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Der Reichsanwalt schuf seinen Strafanträgen eine Verteidigungsfeste für die Methoden, mit denen der Prozeß vorbereitet und geführt worden ist, voraus. Das Gericht selbst weiß, daß nichts von den Angeklagten gegen die Kommunistische Partei bewiesen worden ist. Es empfindet, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung diesen Prozeß als glatten Justizmord empfindet.

Was bezweckt die deutsche Bourgeoisie mit diesen Prozeß und diesem furchtbaren Justizmord? Der Zweck ist, Staatsgerichtshof ist angeblich der Schutz der Republik. Wie aber sind die Urteile gegen die konterrevolutionären Mordbanditen, gegen die Organisationen der Mörder an unzähligen revolutionären Führern, Arbeitern und Leibstahl der Monarchen dieser Republik? Wo sind die Urteile gegen die monarchistischen Mörder und Mordorganisatoren, die jedermann kennt, die frei in Deutschland herumlaufen? Vor wenigen Tagen erst sind in München konterrevolutionäre freigesprochen worden, denen ein Menschenmord klar nachgewiesen war, nur nicht in den Augen dieser Klassenjustiz.

Dieser Staatsgerichtshof zum Sühne der Republik hat das Weinen dieser Republik mit unüberbietbarer Klarheit enttarnt. Niemals hat er gegen rechts gekämpft. Im Gegenteil. Er hat die Konterrevolution nur zu neuen Morden angestiftet. Dabei darf niemals vergessen werden, daß dieser Gerichtshof sich nicht aus Schwarz-Weiß-roten, sondern beinahe ausschließlich aus Schwarz-Rot-Goldenen Parteimännern zusammensetzt. Daselbe Gericht, das niemals die Gesetze gegen die Konterrevolution anwandte, bricht alle Gelehrte, um die Vertreter der Arbeiterschaft unter das Henkerbrett oder in die Folterkammern der deutschen Justizhäuser zu bringen. Das ist das Gesicht der Republik!

Was soll dieser Prozeß? Was sollen die Urteile? Nur allem will die deutsche Bourgeoisie durch ihren Sieg vom Oktober 1923 krönen. Sie will durch diesen Prozeß die völlige politische Enteignung der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, durchführen. Dieser Spiegelprozeß war

10 000 Metallarbeiter ausgesperrt

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Metallindustriellen haben ihre Drohung wahr gemacht und es in der Metallindustrie auf eine Nachprüfung ankommen lassen. Die AGH-Hennigsdorf hat ihre gesamte Belegschaft von 3000 Mann ausgesperrt. AGH-Turbinen hat die Aussperrung durchgeführt. Außerdem ruht die Arbeit bei Borg, Schwarzkopf, Ehrenstein und Koppel, so daß insgesamt 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt sind. Von Einigungswiederhandlungen, von denen am Sonnabend noch die Rede war, wird jetzt nicht mehr gesprochen. Die Verhandlungen, die vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden haben, berührten sich nicht auf die Aussperrung, sondern auf Tarifverhältnisse der Hilfsarbeiter in der Metallindustrie. Die Berliner Metallindustriellen stellen nach wie vor die bestyngende Forderung an die Kupferschmiede, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Eine neue Bettelreihe der Gewerkschaften

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gewerkschaften aller gewerkschaftlichen Richtungen waren gestern vormittag wieder einmal beim Reichsgericht vertreten. In ihren Darlegungen trat die Besichtigung hervor, daß infolge weitgehender Schonung des Besitzes die Interessen der Arbeiter, insbesondere auf dem Gebiete der Sozial- und Steuerpolitik, gefährdet seien. Die Reichsregierung nahm die Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis und stellte eine Prüfung der vorgebrachten Wünsche in Aussicht.

Bei der Prüfung wird es übel sein, wenn die Arbeiter nicht selbst Druck dahinter machen.

9-Stundenarbeitszeit auf den Bergwerken — oder Stilllegung

Elberfeld, 6. April. Auf den Zechen Vereinigte Schuirbank und Charlottenburg haben heute Verhandlungen wegen Stilllegung dieser Zechen statt. Durch

die Stilllegung würden rund 800 Mann arbeitslos werden. Um den Betrieb ohne Zwischenunterbrechungen zu können, würde den Bergleuten vorgeschlagen, 9 Stunden zu arbeiten. Diese Vorschläge werden aber abgelehnt. Infolgedessen werden die Schichten am 1. Mai stillgelegt.

Die Unternehmer verlangen Steigerung der Brotdarbeite. Die Ansätze sollen erhöht werden.

Barmianer Scheidemann

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Hamburger Kaufmann hat dem Barmianer Schiedemann ein Schreiben geschrieben, in dem er mitteilt, daß Scheidemann, wenn er behauptet, er habe mit Barmi nur ganz flüchtig etwas zu tun gehabt, gelogen habe, denn im Sommer 1923 habe Scheidemann mit seiner Frau im Grandhotel Landwehr 4 Wochen gelebt. Scheidemann habe nie berichtet, vielmehr seien die Rechnungen sofort an Barmi geliefert und von dort beglichen worden. Auch habe Scheidemann dort im Hotel einen Vertreter der Firma Barmi eingeschlagen. Wir wollen hoffen, daß Scheidemann nicht so stark ist, daß er sich auf diesen Blöds nicht äußern kann.

Aussperrung bei der Firma Lusch & Co.

Die Arbeiter der Firma Lusch u. Co. in Dresden hatten am Freitag nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen. Am Sonnabend hing die Betriebsleitung einen Anschlag heraus, in dem den Arbeitern verhindert wurde, daß derjenige, der am Sonnabend nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen, als entlassen gelte. Die Arbeiter wandten sich sofort an den Metall- und Holzarbeiterverband, einen Vertreter zur Besprechung heranzuziehen. Beide Verbände haben es vorgezogen, sich zu drücken. Es erschien kein Vertreter. Da am Sonnabend die Arbeiter wieder nach acht Stunden die Arbeit verlassen haben, wurden sie ausgesperrt. Auch jetzt ist noch kein Vertreter erschienen. Die Arbeiter stehen ohne Unterstützung des Verbandes. Die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere die Holz- und Metallarbeiter, müssen ihren Kämpfenden Kollegen zu Hilfe eilen.